

1978	Ausgegeben zu Bonn am 28. Juli 1978	Nr. 35
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
25. 7. 78	Gesetz zu der Vereinbarung vom 18. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr .....	1005
25. 7. 78	Gesetz zu dem Abkommen vom 10. Dezember 1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Irland über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr .....	1009
25. 7. 78	Gesetz zu dem Abkommen vom 19. Juli 1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des internationalen Straßenverkehrs .....	1012
19. 7. 78	Dritte Verordnung zur Änderung der Dritten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 .....	1015
21. 7. 78	Erste Verordnung zur Änderung der Vierten Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 .....	1016

**Gesetz**  
**zu der Vereinbarung vom 18. Februar 1976**  
**zwischen der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Italienischen Republik**  
**über steuerliche Erleichterungen**  
**im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr**

Vom 25. Juli 1978

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Der in Rom durch Notenwechsel vom 18. Februar 1976 getroffenen Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr wird zugestimmt. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach den im Notenwechsel vereinbarten Schlußbestimmungen in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt  
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 25. Juli 1978

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen  
Hans Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

Der Bundesminister für Verkehr  
K. Gscheidle

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Rom, den 18. Februar 1976

Herr Minister,

unter Bezugnahme auf die am 20. und 21. März 1975 in Bozen zwischen Delegationen unserer beiden Länder stattgefundenen Verhandlungen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Bundesrepublik Deutschland die folgende Vereinbarung über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr vorzuschlagen.

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gelten für deutsche und italienische Lastkraftwagen, Zugmaschinen einschließlich Sattelzugmaschinen sowie für die jeweiligen Anhänger und für Kraftomnibusse und deren Anhänger, die im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zum vorübergehenden Aufenthalt in den anderen Staat eingeführt werden, die folgenden Bestimmungen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Befreiung von der Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer.
2. Die Italienische Republik gewährt Befreiung von der Zahlung:
  - a) der „tassa di circolazione“;
  - b) des „diritto fisso“.
3. Im Hinblick auf die steuerliche Behandlung nach den Nummern 1 und 2 Buchstabe a wird als vorübergehender Aufenthalt bei Lastkraftwagen, Zugmaschinen einschließlich Sattelzugmaschinen sowie den jeweiligen Anhängern ein Aufenthalt bis zu 14 aufeinanderfolgenden Tagen, bei Kraftomnibussen und deren Anhängern ein ununterbrochener Aufenthalt bis zu einem Jahr, gerechnet für alle Fahrzeuge von der jeweiligen Einfahrt, angesehen. Dabei gelten der Tag der Einfahrt und der Tag der Ausfahrt jeweils als voller Tag. Die zuständigen nationalen Behörden können von diesen Fristen Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden.

4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von 3 Monaten nach ihrem Inkrafttreten eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Falls sich die Regierung der Italienischen Republik mit den vorstehend aufgeführten Bestimmungen und Modalitäten einverstanden erklärt, werden diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik bilden, die einen Monat nach dem Tag in Kraft tritt, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Italienischen Republik mitteilt, daß die innerstaatlichen gesetzlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Zu diesem Zeitpunkt tritt die Vereinbarung vom 3./4. Mai 1971 außer Kraft.

Die neue Vereinbarung gilt für ein Jahr und verlängert sich stillschweigend jeweils für 12 Monate, sofern sie nicht mit einer Frist von vier Monaten von einem der beiden Vertragspartner schriftlich gekündigt wird.

Abweichend hiervon hat jeder Vertragspartner das Recht, die Vereinbarung jederzeit mit einer Frist von 30 Tagen ganz oder teilweise zu kündigen, wenn im Gebiet des anderen Vertragspartners neue Steuern eingeführt werden, die den grenzüberschreitenden Straßenverkehr mit den oben bezeichneten Fahrzeugen betreffen und dadurch die steuerliche Ausgewogenheit der Vereinbarung beeinträchtigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Prof. Dr. Hermann Meyer-Lindenberg

Seiner Exzellenz  
Professor Mariano Rumor  
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

(Übersetzung)

Il Ministro degli Affari Esteri

Der Minister  
für Auswärtige Angelegenheiten

Roma, 18 febbraio 1976

Rom, den 18. Februar 1976

Signor Ambasciatore,

Herr Botschafter,

con la lettera in data odierna Ella ha voluto comunicarmi quanto segue:

mit Schreiben vom heutigen Tage haben Sie mir folgendes mitgeteilt:

«Signor Ministro,

„Herr Minister,

con riferimento alle trattative svoltesi a Bolzano nei giorni 20 e 21 marzo 1975 tra Delegazioni dei nostri Paesi, mi onoro, a nome della Repubblica Federale di Germania, di proporre la seguente intesa in materia di agevolazioni fiscali dei trasporti internazionali su strada italo-tedeschi.

unter Bezugnahme auf die am 20. und 21. März 1975 in Bozen zwischen Delegationen unserer beiden Länder stattgefundenen Verhandlungen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Bundesrepublik Deutschland die folgende Vereinbarung über steuerliche Erleichterungen im grenzüberschreitenden deutsch-italienischen Straßenverkehr vorzuschlagen.

Sulla base della reciprocità di trattamento, valgono per gli autocarri, le trattatrici stradali, e relativi rimorchi e semirimorchi, gli autobus e relativi rimorchi tedeschi ed italiani adibiti al trasporto internazionale su strada, temporaneamente importati nell'altro Paese, le seguenti disposizioni:

Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gelten für deutsche und italienische Lastkraftwagen, Zugmaschinen einschließlich Sattelzugmaschinen sowie für die jeweiligen Anhänger und für Kraftomnibusse und deren Anhänger, die im grenzüberschreitenden Straßenverkehr zum vorübergehenden Aufenthalt in den anderen Staat eingeführt werden, die folgenden Bestimmungen:

1. La Repubblica Federale di Germania concede l'esenzione dal pagamento dell'imposta di circolazione sugli autoveicoli;
2. La Repubblica Italiana concede l'esenzione dal pagamento:
  - a) della tassa di circolazione;
  - b) del diritto fisso.
3. Agli effetti del trattamento fiscale previsto ai punti 1) e 2) lettera a) si considera soggiorno temporaneo: per gli autocarri, le trattatrici stradali e relativi rimorchi e semirimorchi, una permanenza consecutiva che non ecceda 14 giorni e per gli autobus e relativi rimorchi una permanenza consecutiva fino ad un anno, a datare, per tutti i veicoli, dal giorno della loro entrata. Ai fini del computo dei periodi anzidetti, il giorno di entrata e quello di uscita valgono ciascuno per un giorno intero. Le competenti Autorità nazionali potranno concedere delle deroghe al termine di cui sopra soprattutto se i veicoli non sono più in grado di funzionare o se sono adibiti a fiere, esposizioni o manifestazioni analoghe.
4. Le predette disposizioni valgono anche per il Land Berlino, a meno che il Governo della Repubblica Federale di Germania entro tre mesi dalla loro entrata in vigore, non rilasci alla Repubblica Italiana una dichiarazione in senso contrario.

1. Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Befreiung von der Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer.
2. Die Italienische Regierung gewährt Befreiung von der Zahlung:
  - a) der „tassa di circolazione“;
  - b) des „diritto fisso“.
3. Im Hinblick auf die steuerliche Behandlung nach den Nummern 1 und 2 Buchstabe a wird als vorübergehender Aufenthalt bei Lastkraftwagen, Zugmaschinen einschließlich Sattelzugmaschinen sowie den jeweiligen Anhängern ein Aufenthalt bis zu 14 aufeinanderfolgenden Tagen, bei Kraftomnibussen und deren Anhängern ein ununterbrochener Aufenthalt bis zu einem Jahr, gerechnet für alle Fahrzeuge von der jeweiligen Einfahrt, angesehen. Dabei gelten der Tag der Einfahrt und der Tag der Ausfahrt jeweils als voller Tag. Die zuständigen nationalen Behörden können von diesen Fristen Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden.
4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Italienischen Republik innerhalb von 3 Monaten nach ihrem Inkrafttreten eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Qualora il Governo della Repubblica Italiana si dichiari d'accordo con le suindicate disposizioni e modalità, la presente nota e la relativa nota di risposta di V. E. costituiranno, fra la Repubblica Federale di Germania e la Repubblica Italiana, un'intesa che entrerà in vigore un mese dopo la comunicazione da parte del Governo della Repubblica Federale di Germania a quello della Repubblica Italiana che sono state adempiute le formalità richieste dalla legislazione nazionale per l'entrata in vigore delle disposizioni stesse.

Falls sich die Regierung der Italienischen Republik mit den vorstehend aufgeführten Bestimmungen und Modalitäten einverstanden erklärt, werden diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik bilden, die einen Monat nach dem Tag in Kraft tritt, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Italienischen Republik mitteilt, daß die innerstaatlichen gesetzlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Da tale data cessa di avere efficacia l'intesa del 3 e 4 maggio 1971.

Zu diesem Zeitpunkt tritt die Vereinbarung vom 3./4. Mai 1971 außer Kraft.

La nuova intesa ha la durata di un anno e sarà, di volta in volta, tacitamente prorogata per 12 mesi a meno che, mediante un preavviso di quattro mesi, non venga, con una comunicazione scritta, denunciata da una delle Parti Contraenti.

A prescindere da quanto sopra esposto, ove nel territorio di una Parte Contraente vengano introdotte nuove imposte che si ripercuotano sui trasporti internazionali su strada a mezzo dei veicoli sopra nominati, alterando, di conseguenza, l'equilibrio fiscale previsto dall'intesa, ciascuna delle Parti Contraenti, mediante un preavviso di 30 giorni, ha in ogni momento il diritto di denunciare, in tutto od in parte, l'intesa stessa.

Voglia accogliere, Signor Ministro, i sensi della mia più alta considerazione.»

Ho l'onore di informarLa che il Governo Italiano ha dato il proprio accordo alle disposizioni contenute nella lettera suddetta.

La prego di gradire, Signor Ambasciatore, l'espressione della mia più alta considerazione.

M. R u m o r

S. E.  
Prof. Dr. Hermann Meyer-Lindenberg  
Ambasciatore della Repubblica  
Federale di Germania  
Roma

Die neue Vereinbarung gilt für ein Jahr und verlängert sich stillschweigend jeweils für 12 Monate, sofern sie nicht mit einer Frist von vier Monaten von einem der beiden Vertragspartner schriftlich gekündigt wird.

Abweichend hiervon hat jeder Vertragspartner das Recht, die Vereinbarung jederzeit mit einer Frist von 30 Tagen ganz oder teilweise zu kündigen, wenn im Gebiet des anderen Vertragspartners neue Steuern eingeführt werden, die den grenzüberschreitenden Straßenverkehr mit den oben bezeichneten Fahrzeugen betreffen und dadurch die steuerliche Ausgewogenheit der Vereinbarung beeinträchtigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die italienische Regierung den im vorstehend aufgeführten Schreiben enthaltenen Bestimmungen zugestimmt hat.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

M. R u m o r

Seiner Exzellenz  
Herrn Prof. Dr. Hermann Meyer-Lindenberg  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland  
Rom

**Gesetz  
zu dem Abkommen vom 10. Dezember 1976  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung von Irland  
über die steuerliche Behandlung  
von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr**

**Vom 25. Juli 1978**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Dublin am 10. Dezember 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Irland über die steuerliche Behandlung von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Die Befreiung nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a in Verbindung mit den Absätzen 2 und 3 des Abkommens ist bei Fahrzeugen, die nach ihrer Bauart oder Einrichtung zur Beförderung von Gütern bestimmt sind, nur zu gewähren, wenn der einzelne vorübergehende Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes vierzehn aufeinanderfolgende Tage nicht überschreitet.

(2) Bei Berechnung der Aufenthaltsdauer sind der Einreisetag und der Ausreisetag jeweils als voller Tag zu rechnen.

(3) Die zuständigen Behörden können von der in Absatz 1 bestimmten Frist Ausnahmen zulassen, wenn die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder

für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden oder auf Grund anderer besonderer Umstände aufgehalten werden.

**Artikel 3**

Der Bundesminister der Finanzen kann zur Herstellung der Gegenseitigkeit oder zur Vermeidung des Mißbrauchs durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates anordnen, daß die Befreiung nach Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a in Verbindung mit Absatz 2 des Abkommens nicht zu gewähren ist, wenn die Halter der Fahrzeuge im Geltungsbereich dieses Gesetzes ansässig sind.

**Artikel 4**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

**Artikel 5**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt  
und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 25. Juli 1978

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen  
Hans Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

Der Bundesminister für Verkehr  
K. Gscheidle

**Abkommen**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung von Irland  
über die steuerliche Behandlung  
von Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr

**Agreement**  
between the Government of the Federal Republic of Germany  
and the Government of Ireland  
in Respect of the Regulation of the Taxation  
of Road Vehicles in International Traffic

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung von Irland —

The Government of the Federal Republic of Germany  
and  
the Government of Ireland;

VON DEM WUNSCH GELEITET, den Straßenverkehr  
zwischen den beiden Ländern und den Durchgangsverkehr  
zu erleichtern —

DESIRING to facilitate road transport between and in  
transit through their two countries;

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Der Begriff „Fahrzeug“ bedeutet für die Zwecke dieses  
Abkommens jedes Straßenfahrzeug mit mechanischem An-  
trieb sowie jeder Anhänger (einschließlich Sattelanhän-  
ger), der an ein solches Fahrzeug angekoppelt werden  
kann, gleichgültig, ob er mit dem Fahrzeug oder getrennt  
eingeführt wird.

For the purposes of this Agreement the term “vehicles”  
shall mean any mechanically propelled road vehicles or  
any trailers (including semi-trailers) for coupling to such  
vehicles, whether imported with the vehicles or sep-  
arately.

Artikel 2

Article 2

(1) Fahrzeuge, die im Hoheitsgebiet einer Vertrags-  
partei zugelassen sind und in das Hoheitsgebiet der  
anderen Vertragspartei zum vorübergehenden Aufenthalt  
eingeführt werden, sind befreit

1. Vehicles which are registered in the territory of one  
Contracting Party and are temporarily imported into the  
territory of the other Contracting Party shall be exempted

- a) in der Bundesrepublik Deutschland von der Kraft-  
fahrzeugsteuer;
- b) in Irland von jeder Steuer, die für Fahrzeuge erhoben  
wird (motor vehicle duty).

- (a) in the Federal Republic of Germany from the motor  
vehicle tax (Kraftfahrzeugsteuer);
- (b) in Ireland from any excise duty imposed in respect  
of vehicles (motor vehicle duty).

(2) Diese Befreiung gilt auch für Fahrzeuge, die im  
Hoheitsgebiet einer Vertragspartei geführt werden dürfen  
und von der Zulassungspflicht befreit sind.

2. This exemption shall also apply to vehicles allowed  
to be brought into circulation and exempted from the  
obligation to be registered in the territory of either Con-  
tracting Party.

(3) Keine der Vertragsparteien ist jedoch verpflichtet,  
die Befreiung nach den Absätzen 1 und 2 für Fahrzeuge  
zu gewähren, deren Halter im eigenen Hoheitsgebiet  
ansässig sind.

3. Neither Contracting Party shall, however, be re-  
quired by paragraphs 1 or 2 to grant this exemption in  
respect of vehicles which are owned by persons resident  
in its territory.

Artikel 3

Article 3

(1) Die Befreiung nach Artikel 2 wird unbeschadet des  
Absatzes 2 im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei so lange  
gewährt, wie die in den geltenden Zollvorschriften dieses  
Hoheitsgebiets vorgeschriebenen Voraussetzungen für die  
vorübergehende eingangsabgabenfreie Einfuhr der in Ar-  
tikel 2 bezeichneten Fahrzeuge erfüllt sind.

1. Subject to the provisions of paragraph 2, the ex-  
emption provided for in Article 2 shall be granted in the  
territory of each Contracting Party so long as the con-  
ditions laid down in the Customs regulations in force in  
that territory for the temporary admission, without  
payment of import duties and import taxes, of vehicles  
described in Article 2 are fulfilled.

(2) Bei Fahrzeugen, die nach ihrer Bauart oder Einrich-  
tung zur Beförderung von Gütern bestimmt sind, kann  
jede Vertragspartei die Zeitdauer der Befreiung für jede  
einzelne Fahrt auf vierzehn aufeinanderfolgende Tage  
begrenzen, wobei der Einreisetag und der Ausreisetag je-

2. In relation to vehicles which are constructed or  
adapted for the carriage of goods, either Contracting Party  
may limit the duration of the exemption to fourteen con-  
secutive days in the case of each importation, counting  
the day of import and the day of export each as one full

weils als voller Tag zu rechnen sind. Die von den Vertragsparteien beauftragten Behörden können jedoch diese Zeitdauer in den Fällen verlängern, in denen die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden oder auf Grund anderer besonderer Umstände aufgehalten werden.

Artikel 4

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Irland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander, wenn die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die zweite dieser Notifikationen eingegangen ist.

(2) Dieses Abkommen gilt für ein Jahr nach seinem Inkrafttreten. Danach bleibt es bis auf weiteres in Kraft, sofern es nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten schriftlich gekündigt wird.

GESCHEHEN zu Dublin am 10. Dezember 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

day. The authorities designated by the Contracting Parties may, however, extend that period in cases where vehicles are out of use or are used in connection with fairs, exhibitions or similar events or are delayed by other special circumstances.

Article 4

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Ireland within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Article 5

1. Each Contracting Party shall notify the other of the completion of the procedures required by its Constitution to bring the Agreement into force. The Agreement shall enter into force on the first day of the month following that in which the second of these notifications is received.

2. The Agreement shall remain in force for a period of one year after its entry into force. Thereafter, it shall continue in force indefinitely unless it is terminated by either Contracting Party giving three months written notice thereof.

DONE at Dublin this tenth day of December, 1976 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
For the Government of the Federal Republic of Germany  
Dr. Rudolf F e c h t e r

Für die Regierung von Irland  
For the Government of Ireland  
Dr. Garret FitzGerald

---

**Gesetz**  
**zu dem Abkommen vom 19. Juli 1976**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Volksrepublik Polen**  
**über die steuerliche Behandlung**  
**des internationalen Straßenverkehrs**

Vom 25. Juli 1978

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Warschau am 19. Juli 1976 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die steuerliche Behandlung des internationalen Straßenverkehrs wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Der Bundesminister der Finanzen kann zur Herstellung der Gegenseitigkeit oder zur Vermeidung des Mißbrauchs durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates anordnen, daß die Befreiung nach Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Absatz 2 des Abkommens nicht für die im Gebiet der Volksrepublik Polen zugelassenen Anhänger

— einschließlich Sattelanhänger — zu gewähren ist, wenn diese Anhänger — einschließlich Sattelanhänger — hinter Fahrzeugen mitgeführt werden, die in einem dritten Staat zugelassen sind.

**Artikel 3**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

**Artikel 4**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 5 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 25. Juli 1978

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen  
Hans Matthöfer

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

Der Bundesminister für Verkehr  
K. Gscheidle

**Abkommen**  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Volksrepublik Polen  
über die steuerliche Behandlung  
des internationalen Straßenverkehrs

**Umowa**  
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec  
a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
w sprawie opodatkowania  
międzynarodowych przewozów drogowych

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Volksrepublik Polen

Rząd Republiki Federalnej Niemiec  
i  
Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

VON DEM WUNSCH GELEITET, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Gebiete zu erleichtern,

KIERUJĄC SIĘ PRAGNIENIEM ułatwienia przewozów drogowych pomiędzy obydwojma państwami i w tranzycie przez ich terytoria,

sind wie folgt übereingekommen:

uzgodniły co następuje:

**Artikel 1**

Für die Zwecke dieses Abkommens bedeutet der Begriff „Fahrzeug“ jedes Straßenfahrzeug mit mechanischem Antrieb sowie jeden Anhänger (einschließlich Sattelanhänger), der an ein solches Fahrzeug angekoppelt werden kann, gleichgültig, ob er mit dem Fahrzeug oder getrennt eingeführt wird.

**Artykuł 1**

Dla celów niniejszej Umowy określenie „pojazd“ oznacza każdy pojazd drogowy z napędem mechanicznym oraz każdą przyczepę (również naczepę), która może być sprzęgnięta z takim pojazdem, niezależnie od tego czy zostaje ona wwieziona z pojazdem lub oddzielnie.

**Artikel 2**

(1) Fahrzeuge, die im Gebiet einer Vertragspartei zugelassen sind und zum vorübergehenden Aufenthalt in das Gebiet der anderen Vertragspartei eingeführt werden, sind

im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland  
von der Kraftfahrzeugsteuer  
und

im Gebiet der Volksrepublik Polen  
von der Beförderungsgebühr  
befreit.

(2) Absatz 1 gilt auch für Fahrzeuge, die im Gebiet einer Vertragspartei von der Zulassungspflicht befreit sind.

(3) Jede Vertragspartei hat das Recht, die im Gebiet der anderen Vertragspartei zugelassenen Anhänger (einschließlich Sattelanhänger) von der Befreiung nach Absatz 1 auszuschließen, wenn diese Anhänger (einschließlich Sattelanhänger) hinter Fahrzeugen mitgeführt werden, die in einem dritten Staat zugelassen sind.

**Artikel 3**

(1) Die Befreiungen nach Artikel 2 werden bei Fahrzeugen, die für die Beförderung von Gütern bestimmt sind, nur gewährt, wenn der einzelne Aufenthalt im Gebiet der anderen Vertragspartei vierzehn aufeinanderfolgende Tage nicht überschreitet. Bei Berechnung der Aufenthaltsdauer sind der Einreisetag und der Ausreisetag jeweils als voller Tag zu rechnen.

**Artykuł 2**

(1) Pojazdy zarejestrowane na terytorium jednej Umawiającej się Strony i czasowo wwiezione na terytorium drugiej Umawiającej się Strony są zwolnione:

— na terytorium Republiki Federalnej Niemiec  
od podatku od pojazdów mechanicznych,

— na terytorium Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
od opłaty od przewozu.

(2) Postanowienia ustępu 1 stosuje się również do pojazdów zwolnionych na terytorium jednej Umawiającej się Strony od obowiązku rejestracji.

(3) Każda Umawiająca się Strona ma prawo nie zastosować zwolnienia, o którym mowa w ustępie 1, do przyczep (również naczep) zarejestrowanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, jeżeli te przyczepy (również naczepy) ciągnięte są przez pojazdy zarejestrowane w trzecim państwie.

**Artykuł 3**

(1) Zwolnienia, o których mowa w artykule 2, będą udzielane dla pojazdów przeznaczonych do przewozu ładunków tylko wtedy, jeżeli ich każdorazowy pobyt na terytorium drugiej Umawiającej się Strony nie przekracza czternastu kolejnych dni. Przy obliczaniu okresu pobytu, dzień wjazdu oraz dzień wyjazdu liczą się jako pełne dni.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien dürfen von der in Absatz 1 bestimmten Frist Ausnahmen zulassen, insbesondere wenn die Fahrzeuge betriebsunfähig werden oder für Messen, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen — auch auf sportlichem und kulturellem Gebiet — verwendet werden.

#### Artikel 4

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

#### Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien notifizieren einander, sobald die nach ihrem Recht erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Das Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Notifikationen in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden; in diesem Falle tritt es mit Ablauf dieses Jahres außer Kraft.

GESCHEHEN zu Warschau am 19. Juli 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Właściwe władze Umawiających się Stron mogą dopuścić wyjątki od okresu ustalonego w ustępie 1, szczególnie w przypadkach awarii pojazdów albo przeznaczenia ich na targi, wystawy lub podobne imprezy, także o charakterze kulturalnym i sportowym.

#### Artykuł 4

Stosownie do Czterostronnego Porozumienia z dnia 3 września 1971 r., niniejsza Umowa będzie się rozciągać, zgodnie z ustalonymi procedurami, na Berlin (Zachodni).

#### Artykuł 5

(1) Umawiające się Strony notyfikują sobie wzajemnie spełnienie wymogów, niezbędnych zgodnie z ich prawem, dla wejścia w życie niniejszej Umowy. Umowa wchodzi w życie po upływie jednego miesiąca od dnia wymiany dokumentów notyfikacyjnych.

(2) Niniejsza Umowa zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona wypowiedziana pisemnie przez każdą z Umawiających się Stron, nie później jednak niż na trzy miesiące przed upływem roku kalendarzowego; w takim przypadku utraci moc z końcem tego roku.

SPORZĄDZONO w Warszawie, dnia 19 lipca 1976 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec  
Hans Hellmuth R u e t e

Für die Regierung der Volksrepublik Polen  
Z upoważnienia Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej  
Tadeusz B e j m

**Dritte Verordnung  
zur Änderung der Dritten Durchführungsverordnung  
zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971**

Vom 19. Juli 1978

Auf Grund des Artikels 3 Satz 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 vom 25. August 1971 (BGBl. II S. 1057), der durch Artikel 2 Nr. 2 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1976 vom 10. September 1976 (BGBl. II S. 1542) neu gefaßt worden ist, wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Dritte Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 6. September 1972 (BGBl. II S. 1109), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 18. August 1975 (BGBl. II S. 1192), wird in ihrer Anlage zu § 1 Abs. 1 wie folgt geändert:

1. Bei der Fischart „Kabeljau (*Gadus morhua*)“ werden die Bezeichnungen der Gebiete wie folgt gefaßt:  
„NW 1  
NW 2  
NW 3  
NW 4  
NO 1  
NO 2“;
2. bei der Fischart „Wittling (*Merlangius merlangus*)“ ist bei der Gebietsbezeichnung „NO 2“ der Klammerzusatz „(Nordsee)“ zu streichen;
3. bei der Fischart „Schellfisch (*Melanogrammus aeglefinus*)“ werden die Bezeichnungen der Gebiete wie folgt gefaßt:  
„NW 4  
NO 1  
NO 2“;
4. bei der Fischart „Rotbarsch (*Sebastes* spp.)“ werden nach der Gebietsbezeichnung „NW 4“ die Gebietsbezeichnungen „NO 1“ und „NO 2“ eingefügt;

5. bei den Fischarten „Seezunge (*Solea solea*)“ und „Scholle (*Pleuronectes platessa*)“ werden die Bezeichnungen der Gebiete jeweils wie folgt gefaßt:  
„NO 1  
NO 2“;

6. bei der Fischart „Schwarzer Heilbutt (*Reinhardtius hippoglossoides*)“ werden nach der Gebietsbezeichnung „NW 3“ die Gebietsbezeichnungen „NO 1“ und „NO 2“ eingefügt;

7. bei der Fischart „Köhler (*Pollachius virens*)“ werden nach der Gebietsbezeichnung „NW 4“ die Gebietsbezeichnungen „NO 1“ und „NO 2“ eingefügt;

8. neu aufgenommen werden in die Anlage folgende Fischarten und Gebiete:

„Leng ( <i>Molva molva</i> )	NO 1 NO 2
---------------------------------	--------------

Blauleng ( <i>Molva dypterygia</i> )	NO 1 NO 2
---	--------------

Lumb ( <i>Brosme brosme</i> )	NO 1 NO 2
----------------------------------	--------------

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 7 des Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 19. Juli 1978

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
In Vertretung  
Rohr

**Herausgeber:** Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn  
Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. Jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 399-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe:** 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich —,50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

**Erste Verordnung  
zur Änderung der Vierten Durchführungsverordnung  
zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971**

**Vom 21. Juli 1978**

Auf Grund des Artikels 3 Satz 1 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 vom 25. August 1971 (BGBl. II S. 1057), der durch Artikel 2 Nr. 2 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1976 vom 10. September 1976 (BGBl. II S. 1542) neu gefaßt worden ist, wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Vierte Durchführungsverordnung zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 27. Mai 1977 (BGBl. II S. 471) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Fang von Sprotten, Hering, Dorsch und Lachs bedarf der Erlaubnis des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister).“

2. § 10 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. entgegen § 4 Abs. 1 oder 4 ohne Erlaubnis Sprotten, Hering, Dorsch, Lachs oder Störarten fängt, Fischarten aussetzt oder solche Fischarten fängt.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 7 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 auch im Land Berlin.

**Artikel 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. Juli 1978

Der Bundesminister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
In Vertretung  
Rohr